

Kein Besuch im überfüllten Schulbus Minister Stöger spielt den Ball an die Länder zurück

Eine ernüchternde Lektion in Sachen Realpolitik haben 120 Schülerinnen und Schüler aus Dachsborg bei Verkehrsminister Alois Stöger bekommen. Mit 14. 373 Unterschriften im Gepäck sollte versucht werden, den zuständigen Bundesminister zur Änderung der 3:2-Zählregel zu bewegen, die für eine unzumutbare und gefährliche Überfüllung vieler Schulbusse verantwortlich ist. Der Minister spielte den Ball wie auch schon in früheren Fällen an die Länder zurück, obwohl es sich bei der Zählregel um ein Bundesgesetz handelt.

Immerhin gab es das Zugeständnis Stögers, die Zählregel bei der nächsten Konferenz der Verkehrslandesräte der Länder im April zu thematisieren. Für die anwesenden Schülervertreter nicht nachvollziehbar: „Einerseits ist die Zählregel ein Bundesgesetz und zahlt das Verkehrsministerium die Freifahrt für jeden einzelnen Schüler, andererseits sagt der Minister, er kann da nichts machen“, wundert sich eine 13jährige.

Grundsätzlich hatten die Jugendlichen das Gefühl, der Politiker nähme das Thema nicht wirklich ernst. „Er ist immer ausgewichen und hat über Bahnverbindungen, Straßenverhältnisse und Schulstandorte geredet, statt über unsere Sicherheit in den Bussen, wundert sich Max Hebertinger, Sprecher der Unterstufe in Dachsborg.

Enttäuschung über Berührungängste mit SchülerInnen

Besonders groß war die Enttäuschung der SchülerInnen, dass sich der Minister nicht dazu bewegen ließ, sein Büro zu verlassen und zu den Kids in den überfüllten Bus zu steigen. „Bürgernähe und Verständnis für die Anliegen der Bevölkerung sehen anders aus“, so Elternvertreterin Eveline Doll.

Pater Ferdinand Karer, Direktor von Dachsborg, insistiert auf die Zuständigkeit des Bundesministers für die geltende Regelung. „Es handelt sich bei der 3:2 Zählregel um ein Gesetz, das noch vor der Gurtenpflicht entstanden ist und den heutigen Sicherheitsstandards in keiner Weise entspricht. Die Verantwortung für die seit Jahren bundesweit überfüllten Busse auf die Länder zu schieben, geht nicht, denn das Gesetz beschließt und verändert der Bund und nicht das Land. Das Land handelt dem Gesetz entsprechend.“

Der Obmann des Elternvereins, Peter Hinterberger, sieht die Ankündigung Stögers, das Thema in die Länderkonferenz bringen zu wollen, zumindest als Teilerfolg. „Wir werden beobachten, ob konkrete Maßnahmen gegen die Überfüllungen der Schulbusse beschlossen werden. Dann sehen wir weiter“, so Peter Hinterberger. Für die Dachsborg ist klar, dass sie an dem Thema weiterhin dranbleiben. Zu groß ist der Auftrag der über 14.000 Unterschriften aus rund 2000 Schulen Österreichs.

Rückfragen: Eveline Doll, 0676/320 73 77,
Pater Ferdinand Karer, 07277/23070